

Pressemitteilung

Ansbach, 18. März 2016

Verkehrswegeplan: Vordringliche Einstufung der Katterbach-Umgehung „schlechter Witz“

OLA: „Flächenfraß, drohende Enteignungsverfahren und Steuergeldverschwendung für das US-Militär nicht im Sinne der Stadt“

Als „schlechten Witz“ hat die Stadtratsfraktion der Offenen Linken Ansbach (OLA) die Meldung bezeichnet, wonach die Katterbach-Umgehung der B14 im Bundesverkehrswegeplan als „vordringlicher Bedarf“ eingestuft wird: „Es ist unfassbar: Während Bürger in Ansbacher Ortsteilen und in Gemeinden des Landkreises oft vergeblich für Verkehrsentslastung kämpfen, hat die Bundesregierung auf Antrag der CSU-Staatsregierung nichts besseres im Sinn als der US-Armee den Wunsch nach Vereinigung derer Kasernenhälften in Kattenbach zu erfüllen.“

Dabei hatte Ansbach bereits in den Jahren 2010 und 2011, als die Staatsregierung schon einmal die Umgehung forcieren wollte, deutlich gemacht, dass es für Stadt und Region weitaus wichtigere Projekte für die Verkehrsinfrastruktur gibt. „Fakt ist: Die Priorisierung der Katterbach-Umgehung liegt nicht im Interesse der Stadt und der Bevölkerung in den nordöstlichen Stadtteilen, sondern ist allein von Nutzen für das US-Militär“, betont die OLA-Fraktion, die gleichzeitig an den immensen Flächenfraß und Landbeschaffungsmaßnahmen gegen rund 40 Grundstückseigner erinnert, die teils in Enteignungsverfahren münden könnten. Zudem würde der Bau eine immense Steuergeldverschwendung in zweistelliger Millionenhöhe bedeuten.

„Diese Gefälligkeits-Priorisierung für die US-Armee ist inakzeptabel. Das sollte Oberbürgermeisterin Carda Seidel deutlich gegenüber dem Ministerium artikulieren. Es darf nicht sein, dass solch überflüssige Maßnahmen wie die Katterbach-Umgehung Gelder für dringend notwendige Verkehrsprojekte für die Region blockieren“, so die OLA. Stattdessen seien Investitionen für Umfahrungen von Orten, in denen zahlreiche Bürger vom Durchgangsverkehr belastet sind, oder die immer wieder auf die lange Bank geschobene Reaktivierung von Bahnstrecken im Landkreis rascher umzusetzen.

gez. Boris-André Meyer

Fraktionsvorsitzender